

# Die Konterrevolution kommt der Revolution zuvor

Der Militärputsch in Chile, ein Warnsignal für die Arbeiterklasse

Es liegen uns noch zu wenig Informationen vor, um den Ablauf der Ereignisse vor und nach dem Militärputsch in Chile kritisch beleuchten zu können. Und es kann nicht Aufgabe einer Zeitung für klassenbewußte Arbeiter sein, die Unkenntnis der wirklichen Vorgänge durch Spekulationen zu ersetzen. Es ist in solchen Fällen angebrachter zu schweigen, als etwa jenem Beispiel zu folgen, das im Mai 1973 aus Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse nach den chilenischen Wahlen meinte: "Bei der Regierung Nixon hat der Erfolg der Unidad Popular großes Unbehagen hervorgerufen... Die Hoffnung auf die Militärs hat man fast vollständig abgeschrieben und das nicht bloß in Washington. Sie sind eben letzten Endes Chilenen, und das schließt bei der überwältigenden Mehrheit von ihnen ein freundschaftliches Verhältnis zu Pentagon aus." (Arbeiterstimme)

Die meisten Chile-Kommentare der linken Zeitschriften in der BRD nahmen ihre Wünsche und literarischen Träumereien für Wirklichkeit. Da diese sich nicht erfüllten, suchen sie in Parteien, Organisationen oder der mangelnden Qualität der Führer die Ursache für den Sieg der Konterrevolution.

Es muß nach Kräften unterstützt werden, wenn die verschiedenen linken Gruppen und Organisationen zu Geldsammlungen für die Opfer der chilenischen Konterrevolution aufrufen. Es darf jedoch nicht genügen, die Leiden der Opfer und ihrer Familien so ein wenig lindern zu helfen. Die Aufgabe besteht darin, in Zukunft die

Leiden unmöglich zu machen durch den Kampf der Arbeiterklasse im eigenen Land.

Der Tod Allendes hat bei allen, "die eine zukünftige demokratische und sozialistische Entwicklung wünschen, einen tiefen Schock ausgelöst." So äußerte sich - und dies entspricht allen anderen sozialdemokratischen Führungen - der stellvertretende Vorsitzende der dänischen sozialdemokratischen Partei. Auch SPD und Brandt sind "erschüttert", und der einstige "linke" Wischnewski "hofft" auf die Wiederherstellung demokratisch-parlamentarischer Verhältnisse in Chile durch die Militärjunta - mehr nicht - und das allein ist das Eingeständnis, daß sie selbst keine Perspektive über ihren versumpften demokratischen Sozialismus hinaus wissen. Drei Jahre hatte die SPD Zeit, mit der sozialistischen Partei Allendes und seiner Regierung Solidarität zu üben, mehr als einmal haben die Jungsozialisten auf die geringe Unterstützung Allendes durch die Bonner Regierung hingewiesen. Sozialdemokratische Regierungen anderer Länder haben in dieser Hinsicht mehr getan als "unsere", weil sie nicht die Rücksicht auf die Interessen des US-Imperialismus und der Nixon-Regierung nehmen, die die westdeutsche nehmen muß, die das Wohlverhalten eines Juniorpartners des US-Imperialismus an den Tag legt. Fernsehen und Presse bringen jetzt Nachrufe aller Schattierungen, beginnend bei der tiefen Trauer um den "guten Menschen" von Santiago bis zu seiner "eigenen Schuld" an seinem "tragischen Tod". In diesem Chor der Erschütterten kann auch der Präsident der USA nicht fehlen!

Marx hat die Heuchelei der herrschenden Klasse Deutschlands, mit der sie ihre Terrorherrschaft seinerzeit zu beschöni-

---

Wir verweisen auf die Artikelserie: "Chile zwischen bürgerlicher Legalität und sozialistischer Revolution". Sie ist in der "Arbeiterpolitik", Nr. 4-6/1971 erschienen.

---

gen suchte, mit Worten gegeißelt, die wir für unsere heutige Zeit nicht besser finden können: "wozu also Eure heuchlerischen, nach einem unmöglichen Vorwand haschenden Phrasen? Wir sind rücksichtslos, wir verlangen keine Rücksicht von Euch. Wenn die Reihe an uns kommt, wir werden den Terrorismus (Marx versteht unter Terrorismus Gewalt - d. Red.) nicht beschönigen. Aber die Terroristen von Gottes und Rechts Gnaden, in der Praxis sind sie gemein, brutal, in der Theorie feig, versteckt, doppelzünftig, in beiden Richtungen ehrlos!"

Über hundert Jahre später finden diese Worte weltweite Bestätigung in Südostasien, in Afrika, im Nahen Osten, in Südamerika und jetzt wieder in Chile - überall, wo der Imperialismus auf der Bildfläche erscheint. Daher ist die erste Schlußfolgerung für unterdrückte Klassen aus den chilenischen Ereignissen, daß sie den Erklärungen und Ablenkungsmanövern ihrer Gegner und angeblichen Freunde keinen Glauben schenken dürfen.

### Was ist geschehen?

In Nr. 61 (10./16.8.73) brachte die chilenische Zeitung "Chile Hoy" ein Interview mit dem stellvertretenden Generalsekretär der sozialistischen Partei Allendes, Senator Sepulveda. Er erklärte u.a.: "Es ist ein Faktum, daß man versucht hat, die Regierung in eine Position der Schwäche zu bringen, daß alle Feinde sich auf sie gestürzt haben, daß sie bestrebt sind, nun auch die Armee dazu zu bringen, gegen die Regierung zu handeln... Daher kann die Regierung, die immer die Arbeitermassen als Unterstützungsbasis hatte, und die innerhalb der Legalität des Landes handelt, gerade deshalb auf die Nichtintervention der Armee zählen konnte, nicht ruhig bleiben angesichts der Tatsache, daß der Feind schamlos in die Streitkräfte eindringt und sie zu politischen Beratungen bringt, damit sie gegen diese Regierung handeln... Schließlich hat dieses Land viele Jahre hindurch inmitten extremer Widersprüche und unter einem völligen Fehlen nationaler

Sicherheit gelebt. Beweis dafür ist, daß wir das Militär völlig heruntergekommen übernommen haben, und nur aus Patriotismus haben wir nicht gesagt, wie wir unser Land in dieser Hinsicht übernommen haben. Wenn eine Regierung etwas für die Entwicklung der Armee getan hat und dafür, daß sie ihre Rolle in bezug auf die nationale Souveränität erfüllen kann, so ist es diese Regierung gewesen, indem sie ihr ihre Bedeutung gegeben hat, indem sie ihre materiellen Bedürfnisse befriedigt hat, wo ihre Situation völlig heruntergekommen war. In früheren Regierungen hat man den Streitkräften Lohnausgleichungen verweigert..."

Die Geschichte ist und bleibt eine Geschichte von Klassenkämpfen und die Nation ist ebenso eine Fiktion wie das Volk, solange wir in einer Klassengesellschaft leben. Die Regierung Allendes hat bis zuletzt die nach Waffen gegen die Gefahr des Militärputsches rufenden Teile der Bevölkerung beschwichtigt und die Waffen den puttschenden Generalen gelassen. Den Massen fehlte noch die Einsicht und die Kraft, den Kampf gegen die Militärs aufzunehmen. Allende hat damit gedroht, daß seine Regierung "die letzte Chance" sei, wenn sie von den Militärs und ihren Verbündeten beseitigt würde. Die chilenischen Sozialisten wollten die Unterstützung der Armee für den Kampf um die "nationale Souveränität", das heißt nichts anderes als gegen den amerikanischen Imperialismus, den die Unterdrückten Südamerikas aus seinem Eingreifen in Guatemala, der Dominikanischen Republik und vielen anderen Ereignissen gut kennen. Im Gegensatz zu unserer deutschen Sozialdemokratie und unseren "demokratischen Sozialisten" mußten die chilenischen Sozialisten den Kampf gegen diesen US-Imperialismus aufnehmen. Aber da der Kampf gegen den US-Imperialismus im Zeitalter der weltweiten Auseinandersetzungen zwischen Sozialismus und Kapitalismus als revolutionärer Kampf der unterdrückten Massen gegen die Unterdrücker von außen und im Innern zu führen ist, mußten die bürgerlichen Klassen und Parteien mit ihren Machtorganen die Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft höher stellen als die "nationale Souveränität" und ihre Ideale

von Demokratie und Parlamentarismus mit Füßen treten, als die Klassenauseinandersetzungen in Chile ihren Höhepunkt anstrebten.

Nicht die Rechten und nicht die Christlich-Sozialen, sondern die vom USA-Imperialismus gestützten Militärs sind die Träger der nationalen Konterrevolution. Ein hochstehender chilenischer Militär äußerte sich zu Berichterstatern der "Times" (20.8.73): Wir werden handeln, wenn die Politiker ihre Lösungen erschöpft haben. Politik hat Chile in die totale Krise gebracht. Nichtsdestotrotz werden wir erst eingreifen, wenn das Schiff am Sinken ist." Das bürgerliche Schiff war am Sinken und konnte mit den herkömmlichen parlamentarischen Methoden nicht mehr über Wasser gehalten werden.

Allende und der chilenische Sozialismus waren Ausdruck des Kampfes der unterdrückten Klassen Chiles gegen ihre Ausbeuter im Inneren wie im Äußeren, die sich anschickten, die Grenzen der bürgerlichen Ordnung zu überschreiten, aber andererseits noch vor der "unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer Ziele" zögerten. Wie lange noch, wird die nächste Zeit zeigen.

In der "Volkseinheit" (UP) drückt sich das Revolutionäre sowie die derzeitige Unzulänglichkeit des chilenischen Proletariats aus. Die Massen waren noch nicht bereit, mit letztem Einsatz zu kämpfen, nur eine Vorhut. Es genügt eben nicht, daß die revolutionären Ideen - wie schon Marx feststellte - zu den Massen drängen, sondern die Massen müssen auch zu den revolutionären Ideen drängen. Die revolutionäre Tat kann nicht von Regierungen oder von oben herab "gemacht" werden, sie muß entstehen aus den objektiven Bedingungen und von einer Vorhut geführt werden. Der "demokratische Sozialismus" Allendes war antiimperialistisch und deswegen gegen die USA gerichtet. Das unterscheidet ihn von dem "demokratischen Sozialis-

mus" hierzulande, der amerikahörig ist. Es ist dies nur einer der Unterschiede zwischen kämpferischem und bettelndem Reformismus, wie er bei uns etwa dem Unterschied entspricht zwischen dem kämpferischen Reformismus der deutschen Sozialdemokratie in ihrer aufsteigenden Epoche bis 1914 und im Gegensatz dazu dem versumpfenden, bettelnden in der Periode seines Verfalls seit 1914.

Die "demokratischen Sozialisten" der BRD legen sich nicht mit den Amerikanern an. Ihre Erschütterung über den chilenischen Putsch gilt der Tatsache, daß die Ereignisse in Chile mit dazu beitragen müssen, den Wert ihrer Ideologie vom Rechtsstaat, dem demokratischen Militär, der demokratischen Polizei und dem demokratischen Regierungsapparat bei den Unterdrückten zu erschüttern und den Klasseninhalt der Institutionen bloßzulegen. Von der heutigen SPD, die doch nur die verspätete Nachgeburt der kämpferischen Sozialdemokratie des vorigen Jahrhunderts ist, ist ein Allende nicht mehr zu erwarten.

Das Unvermögen, die historischen Aufgaben einer Vorhut der Arbeiterklasse im eigenen Land zu lösen, findet in der BRD u.a. seinen Ausdruck in der Suche nach Rezepten und Modellen aus anderen Ländern. Dazu gehört nicht nur das abstrakte und undifferenzierte "von der KPdSU lernen" oder "von den Chinesen lernen", ohne zu untersuchen, was von ihren Erfahrungen auf unsere andersgearteten Bedingungen anwendbar ist und was nicht. Dazu muß auch jene Konfusion gerechnet werden, die SED und DKP mit der Empfehlung angestellt haben, die Erfahrungen der Volksfront in Frankreich und Chile auf unsere Verhältnisse zu übertragen. Darüber hinaus vermengen sie diese mit der Einheitsfront der KPD bis 1923. Diese scholastischen Definitionen stiften heillose Verwirrung, sie hemmen die Schaffung einer Vorhut der Arbeiterklasse, die nur das Resultat der eigenen Klassenbewegung sein kann.

## Der Ausgang der Wahlen in Norwegen und Schweden

Bei einer relativ schwachen Wahlbeteiligung (mit 78,1 % die geringste seit dem Kriege) verlor die Norwegische Arbeiterpartei (NAP) beträchtlich an Stimmen. Sie erhielt nur 35,5 % und 62 Abgeordnete. Das bedeutet einen Verlust von 11,1 % und 12 Mandaten. Diesen Verlust konnte das "Sozialistische Wahlbündnis" (SV) der drei kleineren linken Parteien (siehe Arpo Nr. 2/1973) bei weitem nicht auffangen. Es gewann nur 6,7 % (bei der vorigen Wahl hatten die SF und die NKP 4,5 %). Durch die Tricks der Wahlkreiseinteilung gewann es aber mit seinen insgesamt 11,2 % doch 16 Abgeordnete und ermöglicht dadurch der NAP trotz ihrer Niederlage die Regierung zu übernehmen. Die rechtsbürgerlichen Parteien hatten - einschließlich einer rechten Steuerverweigerungspartei - insgesamt 77 Abgeordnete erhalten. So haben die Arbeiterparteien eine Mehrheit von einem Abgeordneten.

Von den 16 Mandaten des SV erhielt die NKP 1, die abgespaltenen Sozialdemokraten (AIK) 6 und die Sozialistische Volkspartei 9; die unabhängigen Sozialisten, die auch auf der Liste vertreten waren, waren nirgends an aussichtsreicher Stelle platziert worden. Die ca. 240 000 Stimmen des SV sind natürlich ein Erfolg, aber offensichtlich war es doch nicht eine ausreichende Alternative für breite Teile der früheren NAP-Wähler, sie blieben lieber zu Hause. So geschah es in vielen Osloer Arbeiterbezirken; das SV gewann im allgemeinen keine 50 % der verlorenen NAP-Stimmen. Das mag an lokalen Osloer Verhältnissen (mit)gelegen haben, etwa daß das SV hier mehr von Intellektuellen und Akademikern geprägt war als anderswo, wo teilweise die übergroße Mehrheit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Funktionäre das SV unterstützten. Aber das Ergebnis (nicht der Spaltung der NAP, sondern ihrer verfehlten Politik) ist, daß viele Tausende Arbeiter bei dieser Wahl nicht abstimmten. Offenbar waren sie von der NAP enttäuscht, aber nicht bereit, das SV zu wählen.

Gewiß war der Zusammenschluß zu einem Wahlbündnis der vier Gruppen links von der Sozialdemokratie (bei gleichzeitiger Abgrenzung von den "Maoisten" in der AKP(ML), die danach bei den Wahlen selbständig Kandidaten aufstellten und 0,4 % erreichten, ein für sie teilweise enttäuschendes Ergebnis) ein Erfolg. Es war damit sichergestellt, daß keine Stimmen "verloren" gehen würden. Aber es war doch eine offene Frage, ob dieses Bündnis auch nach der Wahl zusammenhalten würde. Wenn auch etwa die NKP alle Spaltungsversuche in ihrer Wochenzeitung zurückwies, so ist damit doch nicht endgültig diese Frage beantwortet. Vermutlich war das auch für viele Wähler nicht der Fall. Und es bleibt immer noch offen, wie es jetzt weiter gehen soll. In dem Manifest des SV wurde erklärt, daß das Bündnis nur "der erste Schritt zu einer Gemeinschaft im Kampf für ein sozialistisches Norwegen" sei und daß Diskussionen eingeleitet werden sollten innerhalb und zwischen den Organisationen und Gruppen über die politische Grundlage für eine völlige organisatorische Verschmelzung. Aber es scheint nicht klar zu sein, ob darunter eine neue eigenständige linkssozialistische Partei, unabhängig von allen internationalen Bindungen zu verstehen ist, wie es offenbar der Vorsitzende der SF, Finn Gustavsen, anstrebt, oder ob es doch nur ein loseres Bündnis sein soll. Man kann sich z.B. kaum vorstellen, daß die NKP ihre internationalen Verbindungen ohne weiteres aufgibt. Zur Zeit scheint noch alles offen, obgleich es offenbar schon recht weitgehende (Papier?) Pläne gibt, die Wochenzeitungen der SF und NKP (Auflage ca. 20 000) in eine gemeinsame Tageszeitung der neuen Partei umzuwandeln.

Der relative Erfolg des Bündnisses ist auf dem Hintergrund des gemeinsamen Kampfes der beteiligten Organisationen und ihrer Mitglieder gegen den Anschluß an die EWG zu sehen. In diesem lernten sie sich kennen und entwickelten schon Ansätze für eine gemeinsame Arbeit. Diese ist in der Vorbereitung der Wahl und im Wahlkampf

fortgesetzt worden und kann womöglich weiterentwickelt werden, d.h. daß sich aus dem Kampf der Arbeiter heraus die neue Partei entwickelt und sich gegen die Ideologien der bestehenden Gruppierungen auch durchsetzt. Die gemeinsame lokale Grundlage in Form von Arbeitsausschüssen usw. scheint vorhanden zu sein, aber die lokalen Gruppen sind wohl politisch isoliert voneinander. Die zentrale politische Diskussion verläuft bisher über die alten Organisationen und innerhalb ihrer Grenzen. Es läßt sich also nicht absehen, wohin die evtl. erreichbare gemeinsame politische Linie sich entwickeln wird - ob also die linken norwegischen Arbeiter einen wirklichen Erfolg erringen werden.

Die im Manifest des SV aufgestellten politischen Richtlinien mit den Schlagwörtern "Für nationales Selbstbestimmungsrecht", "Für ein sozialistisches Norwegen", "Für internationale Solidarität" besagen wenig; wichtiger sind schon die sechs Forderungen, die man an die NAP gestellt hat, um sie in der Regierung zu unterstützen. Sie sind zwar teilweise einfach lächerlich (z.B. Preisstopp!), aber sie könnten von einer Sozialdemokratie, die sich als Arbeiterpartei versteht, angenommen werden. Vor der Wahl hat die NAP sie abgelehnt, aber sie werden in der kommenden Zeit wohl wieder aufgestellt werden. Es wird sich dann zeigen, ob die NAP weiterhin nach rechts zusammenarbeiten und damit ihre Auflösung beschleunigen wird oder ob sie das Sozialistische Wahlbündnis "anerkennt". In Norwegen ist die Entwicklung offen.

In Schweden war das Ergebnis der Wahl anders und die Perspektiven folglich auch. Die Sozialdemokratie (SAP) stand in allen Meinungsumfragen des letzten Jahres recht schwach, die rechtsbürgerlichen Parteien hatten durchweg über 50 % der Stimmen. Aber dort hat die Sozialdemokratie im Unterschied zu den beiden Nachbarländern noch einige Kraft und "schämt" sich ihrer Herkunft aus der Arbeiterbewegung nicht. Sie leitete ihren Wahlkampf mit einer Massenversammlung in der südschwedischen Stadt Malmö ein (es wurde so z.B. mehrmals in Massenaufzügen mit roten Fahnen demonstriert), der vom Gewerkschaftsbund in Riesenanzeigen mit Appellen an die Klassensolidarität der Arbeiter und verwies darauf, daß die Unternehmer nicht auch noch die politische Macht übernehmen sollten, unterstützt wurde. Es gelang ihr so, den erwarteten Verlust auf ein Minus von 1,8 % und 7 Mandate zu begrenzen. Von diesen konnte die kommunistische Partei (VPK) 0,5 % und 2 Mandate auffangen und damit verhindern, daß die rechtsbürgerlichen Parteien mit ihren insgesamt 175 Mandaten unmittelbar an die Regierung kamen. Da aber die SAP (156) und die VPK (19) zusammen ebenfalls nur 175 Mandate haben, kann sich die kommende Wahlperiode für die SAP schwierig gestalten. Der VPK ist trotz der relativ großen Unzufriedenheit mit der SAP-Regierung kein Einbruch in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter gelungen; mit ihren jetzt 5,3 % (die SAP hat 43,6 %) liegt sie immer noch unter dem Ergebnis von 1966. Die Wahlbeteiligung lag - wahrscheinlich wegen der Frage, ob rechtsbürgerliche oder sozialdemokratische Regierung - diesmal sehr hoch (über 90 %). Und wohl auch wegen dieser Frage hat die "maoistische" SKP bei den Reichstagswahlen weniger Stimmen (0,4 %) erhalten als 1970, während eine "maoistische" Splittergruppe - KFML (r) - mit 0,2 % bestenfalls in Göteborg einen Achtungserfolg erringen konnte. Bei den gleichzeitig stattfindenden Kommunal- und Kreistagswahlen schnitt die SKP etwas besser ab und erhielt einige Tausend Stimmen mehr, allerdings reichte es nur in einem Ort zu einem Vertreter, nämlich im norrländischen Bergwerksdistrikt in Gällivare. Die Partei betrachtet die Wahl trotzdem als Erfolg, weil sie in ihrer Propagandaarbeit wesentliche Fortschritte gemacht hat und ihre Organisation stabilisieren konnte. Insgesamt aber hat die Wahl keine großen Veränderungen in der politischen Haltung der schwedischen Arbeiterklasse gezeigt. Die Sozialdemokratie ist noch immer vergleichsweise links und stark, die Kommunistische Partei ist ohne Perspektive, neue Entwicklungen sollen sich erst zeigen.

# Veröffentlichungen der Gruppe Arbeiterpolitik

- August Thalheimer**
- 1923, eine verpaßte Revolution?**  
(Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923), Berlin 1931, 32 Seiten **1,50 DM**
- Um was geht es?**  
Zur Krise in der KPD (1929), 32 Seiten **1,50 DM**
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** (1932), 34 Seiten **1,50 DM**
- Die Potsdamer Beschlüsse**  
Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (1945), 32 Seiten **1,50 DM**
- Grundlinien und Grundbegriffe der Welt-politik nach dem 2. Weltkrieg** (1946), 27 Seiten **1,50 DM**
- Grundlagen der Einschätzung der SU**  
(1952), 43 Seiten **2,- DM**
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?**  
Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie, 30 Seiten **2,- DM**
- Einführung in den dialektischen Materialismus**  
Vorträge 1927 an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau  
185 Seiten **6,- DM**
- Plattform der KPO** Berlin 1930, 75 Seiten **3,- DM**
- Waldemar Bolze**
- Der Weg der Gewerkschaften** 181 Seiten **6,- DM**
- Gruppe Arbeiterpolitik**
- Die Bremer Linksradi-kalen**  
Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung  
bis 1919, 32 Seiten **2,- DM**
- Die Auseinandersetzungen auf der  
Klöckner Hütte Bremen** Teil 1 **2,- DM** Teil 2 **2,50 DM**
- Heinz Brandler u.a.**
- Zur weltpolitischen Lage**  
Artikel aus der „Arbeiterpolitik“ Jahrgang 1965/67 **3,- DM**
- Der Zusammenbruch der  
Weimarer Republik – und was weiter?**  
Straßburg 1932 **1,50 DM**
- In der Europäischen Verlagsanstalt erschien:  
**Der Faschismus in Deutschland**  
Artikel aus „Gegen den Strom“, 1928 bis 1933.  
Herausgegeben und eingeleitet mit einem Vorwort  
von der Gruppe Arbeiterpolitik, Februar 1973.  
Zu erhalten in allen Buchhandlungen. **12,- DM**